

Merkblatt zum Vorsteuervergütungsverfahren

Inhalt

- | | |
|---|--|
| 1 Vorbemerkung | 4 Vorsteuervergütungsverfahren |
| 2 Voraussetzungen für das Vorsteuervergütungsverfahren | 4.1 Allgemeines |
| 2.1 Unternehmer muss im Ausland ansässig sein | 4.2 Unternehmer ist im übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässig |
| 2.2 Weitere Voraussetzungen | 4.3 Unternehmer ist im Drittland ansässig |
| 2.3 Ausschluss des Vorsteuervergütungsverfahrens | 5 Vorsteuervergütungsverfahren für in Deutschland ansässige Unternehmer |
| 3 Vorsteuer-Vergütungszeitraum | 5.1 Unternehmerbescheinigung |
| | 5.2 Vorsteuervergütungsverfahren in einem anderen Staat der Europäischen Union |

1. Vorbemerkung

Zum 01.01.2010 ist das Vorsteuervergütungsverfahren neu geregelt worden.

Dabei gelten die nachfolgend dargestellten Regeln für alle Vorsteuervergütungsanträge, die nach dem 31.12.2009 gestellt werden. Der Vergütungszeitraum, für den der Antrag gestellt wird, spielt dabei keine Rolle.

2. Voraussetzungen für das Vorsteuervergütungsverfahren

2.1 Unternehmer muss im Ausland ansässig sein

Die inländische Vorsteuer kann sich nur ein Unternehmer vergüten lassen, der im Ausland ansässig ist.

Hierunter fallen alle Unternehmer, die in Deutschland weder ihren Wohnsitz noch ihren Sitz, ihre Geschäftsleitung oder ihre Betriebsstätte haben.

Hinweis

Ob der Unternehmer im Ausland ansässig ist, beurteilt sich nach dem Zeitpunkt, in dem die entsprechende Leistung an diesen Unternehmer erbracht wird.

2.2 Weitere Voraussetzungen

Darüber hinaus darf der ausländische Unternehmer im Vergütungszeitraum keine nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG steuerbaren Umsätze erbracht haben.

Beispiel

Der österreichische Unternehmer U hat in Lindau einen Kiosk. In diesem verkauft er verschiedene Waren. U erhält von dem Geschäftspartner A Waren, die auch der deutschen Besteuerung unterliegen.

Lösung

Da der Ort der Lieferung in Deutschland ist, erbringt U normale in Deutschland zu besteuern Umsätze. Werden an den U umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbracht, so kann er die Vorsteuer nur im allgemeinen Besteuerungsverfahren erlangen. Das Vorsteuervergütungsverfahren kommt hier nicht zur Anwendung.

In den folgenden Fällen findet das Vorsteuervergütungsverfahren jedoch Anwendung:

Der ausländische Unternehmer hat im Vergütungszeitraum

- a) steuerfreie grenzüberschreitende Beförderungen von Gegenständen vorgenommen

Beispiel

Der im Ausland ansässige Beförderungsunternehmer U hat in Deutschland in den Monaten Oktober bis Dezember nur steuerfreie grenzüberschreitende Beförderungen von Gegenständen durchgeführt. In diesem Zeitraum wurden bei ihm Autoreparaturen vorgenommen. Hierfür wurde ihm Umsatzsteuer in Höhe von 500 € in Rechnung gestellt.

Lösung

U kann sich die ihm in Rechnung gestellte Umsatzsteuer (Vorsteuer) in Höhe von 500 € im Vorsteuervergütungsverfahren zurückholen.

- b) er hat im Inland Umsätze erbracht, für die der inländische Leistungsempfänger die Umsatzsteuer schuldet.

2.3 Ausschluss des Vorsteuervergütungsverfahrens

Kommt das Vorsteuervergütungsverfahren nicht zur Anwendung, kann der ausländische Unternehmer die in Deutschland angefallene Vorsteuer nur im normalen Besteuerungsverfahren erlangen.

Beispiel

Der in der Schweiz ansässige Unternehmer U führt an dem in München belegenen Einfamilienhaus einer Privatperson P Schreinerarbeiten (sogenannte Werklieferungen) durch. Die hierfür erforderlichen Gegenstände hat U teils in Deutschland erworben, teils in das Inland eingeführt. Für den Erwerb der Gegenstände im Inland ist dem U Umsatzsteuer in Höhe von 500 € in Rechnung gestellt worden. Für die Einfuhr der Gegenstände hat U Einfuhrumsatzsteuer in Höhe von 250 € entrichtet.

Lösung

Auf die Umsätze des U findet die Regelung des § 13b UStG, nach der der inländische Leistungsempfänger die Umsatzsteuer schuldet, keine Anwendung, da der Leistungsempfänger als Privatperson nicht Steuerschuldner wird. Dem U wird daher die gezahlte Vorsteuer (Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer) nicht im Vorsteuervergütungsverfahren vergütet. Vielmehr ist für den U das allgemeine Besteuerungsverfahren durchzuführen.

3 Vorsteuer-Vergütungszeitraum

Als Vergütungszeitraum gilt ein Zeitraum, der drei aufeinanderfolgende Kalendermonate in einem Kalenderjahr umfasst.

Hinweis

Es müssen nicht in jedem Kalendermonat Vorsteuerbeträge angefallen sein.

4 Vorsteuervergütungsverfahren

4.1 Allgemeines

Beim Vorsteuervergütungsverfahren ist zu unterscheiden, wo der jeweilige Unternehmer ansässig ist. Dies kann im übrigen Gemeinschaftsgebiet (Staaten der Europäischen Union) oder im Drittland (außerhalb der Europäischen Union) sein.

4.2 Unternehmer ist im übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässig

Ein in einem anderen EU-Staat ansässiger Unternehmer, dem in Deutschland von einem Unternehmer Umsatzsteuer in Rechnung gestellt worden ist, kann über die zuständige Stelle in seinem EU-Staat beim Bundeszentralamt für Steuern einen Antrag auf Vergütung dieser Steuer stellen.

Für den Antrag muss Folgendes beachtet werden:

- a) Der Vergütungsantrag muss nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung entsprechend der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung übermittelt werden. Um die Daten an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln, haben die einzelnen Mitgliedsstaaten elektronische Portale eingerichtet. Der Antrag muss über das Portal des Mitgliedsstaats gestellt werden, in dem der Unternehmer ansässig ist.
- b) Der Antrag muss bis spätestens neun Monate nach Ablauf des Kalenderjahrs gestellt werden, in dem der Vorsteuer-Vergütungsanspruch entstanden ist.
- c) Der Vergütungsbetrag wird vom Unternehmer selbst berechnet.
- d) Beträgt das Entgelt für den Umsatz mehr als 1.000 €, muss die Rechnung in Kopie (auf elektronischem Weg) beigelegt werden. Für Kraftstoffrechnungen gilt dies schon ab 250 €.

Darüber hinaus muss ein Mindestvergütungsbetrag beachtet werden. Dieser muss sich auf mindestens 400 € belaufen.

Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Vergütungszeitraum entweder das Kalenderjahr oder der letzte Zeitraum des Kalenderjahres ist. Hier gilt dann eine Mindestvergütung von 50 €.

Hinsichtlich des Verfahrens gilt Folgendes: Das Bundeszentralamt für Steuern bearbeitet den Vergütungsantrag nach Eingang aller Unterlagen innerhalb von vier Monaten und zehn Tagen. Innerhalb dieses Zeitraums wird auch der Vergütungsbetrag ausgezahlt.

Über die Vorsteuervergütungsbeträge ergeht ein elektronisch übermittelter Bescheid.

4.3 Unternehmer ist im Drittland ansässig

Ein im Drittlandsgebiet ansässiger Unternehmer, dem im Inland von einem Unternehmer Umsatzsteuer in Rechnung gestellt worden ist, kann bei der zuständigen Behörde **im Inland** einen Antrag auf Vergütung dieser Steuer stellen. Zuständig ist dabei das Bundeszentralamt für Steuern.

Beim Antrag muss Folgendes beachtet werden:

- a) Für den Antrag auf Vergütung der Vorsteuerbeträge muss ein Vordruck nach amtlich vorgeschriebenem Muster verwendet werden. Auch eine elektronische Übermittlung des Antrages ist möglich.

Praxis-Hinweis

Der Antrag muss in deutscher Sprache ausgefüllt werden.

Die Vorsteuerbeträge, für die die Vergütung beantragt wird, müssen im Antrag einzeln aufgeführt werden. Dabei gestattet die Finanzverwaltung folgende Verfahren:

1. Rechnungen, deren Gesamtbetrag 150 € nicht übersteigt und bei denen das Entgelt und die Umsatzsteuer in einer Summe angegeben sind:

- Der Unternehmer kann die Rechnungen getrennt nach Kostenarten mit laufenden Nummern versehen und sie mit diesen Nummern, den Nummern der Rechnungen und mit den Bruttorechnungsbeträgen in gesonderten Aufstellungen zusammenfassen.
- Die in den Aufstellungen zusammengefassten Bruttorechnungsbeträge werden aufgerechnet. Aus dem jeweiligen Endbetrag wird die darin enthaltene Umsatzsteuer herausgerechnet und in den Antrag übernommen. Hierbei muss auf die gesonderte Aufstellung hingewiesen werden.
- Bei verschiedenen Steuersätzen müssen die gesonderten Aufstellungen getrennt für jeden Steuersatz erstellt werden.

Gleiches gilt auch für Fahrausweise, in denen das Entgelt und der Steuerbetrag in einer Summe angegeben sind.

2. Einfuhrumsatzsteuerbelege

- Der Unternehmer kann die Belege mit laufenden Nummern versehen und sie mit diesen Nummern, den Nummern der Belege und den angegebenen Steuerbeträgen in einer gesonderten Aufstellung zusammenfassen.
- Die Steuerbeträge werden aufgerechnet und in den Antrag übernommen. Hierbei muss ebenfalls auf die gesonderte Aufstellung hingewiesen werden.

Die entsprechenden gesonderten Aufstellungen müssen dem Vergütungsantrag beigelegt werden.

- b) Die Vergütung wird vom Unternehmer selbst berechnet. Dabei müssen die entsprechenden Originalrechnungen dem Antrag beigelegt werden.

Praxis-Hinweis

Sind Originalbelege nicht vorhanden, werden Zweitschriften nur dann anerkannt, wenn der Unternehmer den Verlust der Originalbelege nicht zu vertreten hat, der dem Vergütungsabtrag zugrundeliegende Vorgang auch stattgefunden hat und keine Gefahr besteht, dass weitere Vergütungsanträge gestellt werden.

- c) Der Antrag muss bis spätestens sechs Monate nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Vorsteuervergütungsanspruch entstanden ist, gestellt werden.

Darüber hinaus ist ein Mindestvergütungsbetrag zu beachten. Dieser muss sich auf mindestens 1.000 € belaufen.

Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Vergütungszeitraum entweder das Kalenderjahr oder der letzte Zeitraum des Kalenderjahres ist. Hier gilt dann eine Mindestvergütung von 500 €.

Der Vergütungsantrag muss vom Unternehmer eigenhändig unterschrieben werden. Er kann den Vergütungsanspruch auch abtreten.

Weiterhin muss der Unternehmer der zuständigen Finanzbehörde durch behördliche Bescheinigung des Staates, in dem er ansässig ist, nachweisen, dass er als Unternehmer unter einer Steuernummer eingetragen ist. Hierfür wird das Muster USt I TN verwendet.

5 Vorsteuervergütungsverfahren für in Deutschland ansässige Unternehmer

5.1 Unternehmerbescheinigung

Ist ein Unternehmer in Deutschland ansässig und benötigt er für die Vergütung von Vorsteuerbeträgen in einem Drittland eine Bestätigung über seine Unternehmereigenschaft, stellt das zuständige Finanzamt eine entsprechende Bescheinigung aus.

Hinweis

Nur ein Unternehmer, der zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, erhält eine solche Bescheinigung.

Keine Bescheinigung erhalten Unternehmer, die nur steuerfreie Umsätze erbringen oder unter die Kleinunternehmerregelung fallen.

5.2 Vorsteuervergütungsverfahren in einem anderen Staat der Europäischen Union

Wurde einem im Inland ansässigen Unternehmer in einem anderen Staat der Europäischen Union von einem dortigen Unternehmer Umsatzsteuer in Rechnung gestellt, kann dieser über das Bundeszentralamt für Steuern bei der zuständigen Behörde dieses Staates einen Vorsteuervergütungsantrag stellen.

Hinweis

Für jeden EU-Staat muss ein gesonderter Antrag gestellt werden.

Der Antrag auf Vorsteuervergütung in einem anderen EU-Staat ist nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung entsprechend der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung dem Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln.

Hinweis

Einzelheiten zur elektronischen Übermittlung sind auf der Internetseite des Bundeszentralamts für Steuern abrufbar (www.bzst.de).

Der Antragsteller muss authentifiziert sein. Darüber hinaus ist noch Folgendes zu beachten:

- Der Unternehmer hat im Vergütungsantrag die Steuer für den Vergütungszeitraum selbst zu berechnen.
- Der Antrag muss bis spätestens zum 30.09. des auf das Jahr der Rechnungsausstellung folgenden Kalenderjahrs gestellt werden.
- Es ist ein Mindestvergütungsbetrag zu beachten. Dieser muss sich auf mindestens 50 € belaufen bzw. einem entsprechend in Landeswährung umgerechneten Betrag entsprechen.

Beträgt der Vergütungsantrag mindestens 400 €, kann der Unternehmer einen Antrag für einen Zeitraum von mindestens drei Monaten stellen.

Der Vergütungsantrag muss folgende Angaben enthalten:

- den Mitgliedstaat der Erstattung
- den Namen und die vollständige Anschrift des Unternehmers
- eine Adresse für die elektronische Kommunikation
- die Beschreibung der Geschäftstätigkeit des Unternehmers, für die die Gegenstände bzw. Dienstleistungen erworben wurden, auf die sich der Vergütungsantrag bezieht
- den Vergütungszeitraum, auf den sich der Antrag bezieht

- f) eine Erklärung des Unternehmers, dass er während des Vergütungszeitraums im Mitgliedstaat der Erstattung keine Lieferungen von Gegenständen bewirkt und Dienstleistungen erbracht hat. Ausgenommen sind aber bestimmte steuerfreie Beförderungsleistungen oder Umsätze, für die ausschließlich der Leistungsempfänger die Steuer schuldet.
- g) die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer oder die Steuernummer des Unternehmers
- h) die Bankverbindung des Unternehmers (inklusive IBAN und BIC).

Ferner müssen im Vergütungsantrag für jeden Mitgliedstaat der Erstattung und für jede Rechnung bzw. jedes Einfuhrdokument vom Unternehmer noch folgende Angaben gemacht werden:

- a) Name und die vollständige Anschrift des Lieferers oder Dienstleistungserbringers
- b) Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Lieferers oder Dienstleistungserbringers oder die ihm vom Mitgliedstaat der Erstattung zugeteilte Steuerregisternummer. Dies gilt nicht im Fall der Einfuhr eines Gegenstandes.
- c) Präfix des Mitgliedstaats der Erstattung. Dies gilt nicht im Falle der Einfuhr eines Gegenstandes.
- d) Datum und die Nummer der Rechnung bzw. des Einfuhrdokuments
- e) Bemessungsgrundlage und Steuerbetrag in der Währung des Mitgliedstaats der Erstattung
- f) Betrag der abziehbaren Steuer in der Währung des Mitgliedstaats der Erstattung
- g) Art der erworbenen Gegenstände und Dienstleistungen aufgeschlüsselt nach Kennziffern. Diese sehen wie folgt aus:

Kennziffer	Gegenstände oder Dienstleistungen
1	Kraftstoff
2	Vermietung von Beförderungsmitteln
3	Ausgaben für Transportmittel (andere als unter Kennziffer 1 oder 2 beschriebene Gegenstände und Dienstleistungen)
4	Maut und Straßenbenutzungsgebühren
5	Fahrtkosten wie Taxikosten, Kosten für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel
6	Beherbergung
7	Speisen, Getränke und Restaurantdienstleistungen

8	Eintrittsgelder für Messen und Ausstellungen
9	Luxusausgaben, Ausgaben für Vergnügungen und Repräsentationsaufwendungen
10	Sonstiges: Hierbei ist die Art der gelieferten Gegenstände bzw. erbrachten Dienstleistungen anzugeben

Sofern dies vom jeweiligen erstattenden EU-Staat vorgesehen ist, sind Rechnungen, deren Bemessungsgrundlage mindestens 1.000 € betragen, als elektronische Kopie dem Antrag beizufügen. Bei Kraftstoffrechnungen gilt dies schon in Höhe von 250 €.

Ihr Steuerberater steht Ihnen gerne für weitere Fragen zur Verfügung.

Rechtsstand: März 2010

Alle Informationen und Angaben in diesem Mandanten-Merkblatt haben wir nach bestem Wissen zusammengestellt. Sie erfolgen jedoch ohne Gewähr. Diese Information kann eine individuelle Beratung im Einzelfall nicht ersetzen.